

NÖ Patienten- Entschädigungsfonds

TÄTIGKEITSBERICHT 2018

Inhaltsverzeichnis

I. Rechtsgrundlagen: Entstehung und Entwicklung

1. Rechtsgrundlagen
2. Grundsätze der Entschädigung
3. Organe des Fonds

II. Entschädigungen: Daten und Fakten

1. Entscheidungen
2. Prüfung vor Befassung des Fonds
3. Fallbearbeitung
4. Verlauf der Prüfung
5. Grund der Befassung
6. Aufteilung nach Fachgebieten
7. Höhe der beschlossenen Entschädigungen
8. Auszahlungsbeträge
9. Anzahl der Geschäftsfälle im Jahresvergleich

III. Jahresabschluss

Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2018

I. Rechtsgrundlagen – Entstehung und Entwicklung

1. Rechtsgrundlagen

Die Grundlage des NÖ Patienten-Entschädigungsfonds wurde 2001 im Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetz (KAKuG) verankert und findet sich nunmehr in § 27a Abs 5 und 6 KAKuG. Die landesspezifische Ausführung erfolgte in den §§ 45b und 98 bis 108 des NÖ Krankenanstaltengesetzes (NÖ KAG). In der Praxis stellt die Geschäftsordnung die detaillierte Arbeitsgrundlage dar. Diese wurde am 11.09.2001, anlässlich der ersten konstituierenden Sitzung der NÖ Patienten-Entschädigungskommission, beschlossen. Diese Geschäftsordnung wurde mehrmals novelliert. Mit der letzten Änderung der Geschäftsordnung vom Juni 2012 (GO 2012) wurde ein Stufensystem zur Höhe der möglichen Entschädigungen eingeführt:

Schematische Darstellung Höchst-Entschädigungsgrenzen:

Geschäftsordnung	Schaden	maximale Entschädigung	
Art. 4 Abs. 4	< 10 Tage leichte Schmerzen	€ -	
Art. 6 Abs. 1	ab 10 Tage leichte Schmerzen	€ 21.801,85	
Art. 6 Abs. 2 lit a	Pflegestufe 4	€ 50.000,00	
Art. 6 Abs. 2 lit a	Pflegestufe 5		
Art. 6 Abs. 2 lit b	Behinderung 50%		
Art. 6 Abs. 2 lit c	Existenz-Bedrohung		
Art. 6 Abs. 3 lit a iVm Art. 6 Abs. 2 lit a	Minderjähriger Pflegestufe 4	€ 70.000,00	
Art. 6 Abs. 3 lit a iVm Art. 6 Abs. 2 lit a			Pflegestufe 5
Art. 6 Abs. 3 lit a iVm Art. 6 Abs. 2 lit b			Behinderung 50%
Art. 6 Abs. 3 lit b	Pflegestufe 6		
Art. 6 Abs. 3 lit b	Pflegestufe 7		
Art. 6 Abs. 3 lit c	Behinderung ab 80%		

2. Grundsätze der Entschädigung

Der NÖ Patienten-Entschädigungsfonds ersetzt nicht die zivilrechtliche Haftung, sondern ist vielmehr als Ergänzung und Optimierung des geltenden Schadenersatzrechtes konzipiert. Keinesfalls ist der Fonds geschaffen worden, um die Haftpflichtversicherungen der Krankenanstalten finanziell zu entlasten. Die bisherige Entwicklung zeigt, dass dies de facto auch nicht der Fall ist.

Eine Befassung des Fonds ist nur möglich, wenn nach außergerichtlicher Prüfung durch die NÖ Patienten- und Pflegeanwaltschaft (insbesondere nach Anrufung der Schiedsstelle der NÖ Ärztekammer bzw. Verhandlungen mit Haftpflichtversicherungen) eine Haftung des Trägers nicht eindeutig gegeben ist.

Während eines anhängigen zivilgerichtlichen Schadenersatzverfahrens ist die Befassung des Fonds ausgeschlossen. Erhält ein/e Patient/in, nachdem Leistungen aus dem Fonds ausbezahlt wurden, wegen desselben Schadensfalles einen Schadenersatzbetrag vom Gericht zuerkannt oder wird ein solcher von der Haftpflichtversicherung oder vom Träger der betroffenen Krankenanstalt geleistet, ist er/sie verpflichtet, die zuerkannte Entschädigung an den Fonds zurückzuzahlen.

Es besteht kein Rechtsanspruch auf Gewährung von Entschädigungen aus dem Fonds.

Eine Empfehlung zur Auszahlung einer Entschädigung ist dann zu erteilen, wenn

- bei der Untersuchung, Behandlung oder Nichtbehandlung in einer NÖ Fondskrankenanstalt (bei ambulanten und stationären Aufenthalten, sowie im Bereich der Sonderklasse) ein Schaden eingetreten ist und hinsichtlich der übrigen schadenersatzrechtlichen Tatbestandselemente (Verursachung, Rechtswidrigkeit, Verschulden) keine ausreichende Klarheit besteht,
- eine sehr seltene und gleichzeitig schwerwiegende Komplikation aufgetreten ist,
- eine aufgeklärte Komplikation sich verwirklicht hat, die aber außerordentlich schwer verlaufen und ein großer Schaden entstanden ist.

Der Bereich der niedergelassenen ÄrztInnen ist demnach nicht in den Entschädigungsfonds einbezogen.

Die finanziellen Mittel des Fonds stammen von den PatientInnen selbst. Der Betrag von € 0,73 pro Krankenhausaufenthaltstag (für maximal 28 Tage pro Jahr) ist seit 1. Jänner 2001 von den Rechtsträgern der NÖ Fondskrankenanstalten von sozialversicherten PatientInnen der allgemeinen Gebührenklasse und der Sonderklasse für jeden Verpflegungstag, für den ein Kostenbeitrag anfällt, einzuheben.

Die im ersten Halbjahr eingehobenen Entschädigungsbeiträge sind bis spätestens 31. Juli, die im zweiten Halbjahr eingehobenen Entschädigungsbeiträge bis spätestens 31. Jänner des Folgejahres, vollständig dem NÖ Patienten-Entschädigungsfonds zu überweisen.

3. Organe des Fonds

Geschäftsführer

Geschäftsführer ist der NÖ Patienten- und Pflegeanwalt WHR Dr. Gerald Bachinger. Die Entscheidung, ob und in welcher Höhe eine Entschädigung geleistet wird, obliegt- nach Einholung einer Empfehlung der Entschädigungskommission- dem Geschäftsführer. Er hat den Vorsitz in der Entschädigungskommission, beruft die Sitzungen ein und leitet sie. Der Geschäftsführer vertritt den Fonds nach außen und zeichnet rechtsverbindlich für den Fonds.

Die NÖ Patienten-Entschädigungskommission

Die Entschädigungskommission prüft die vorgebrachten Begehren und gibt eine Empfehlung an den Geschäftsführer ab. Zur Gültigkeit eines Beschlusses der Entschädigungskommission ist die einfache Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder (Ersatzmitglieder) erforderlich. Der Vorsitzende stimmt nicht mit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Die Mitglieder und Ersatzmitglieder der Entschädigungskommission unterliegen bei Ausübung dieser Funktion keinen Weisungen.

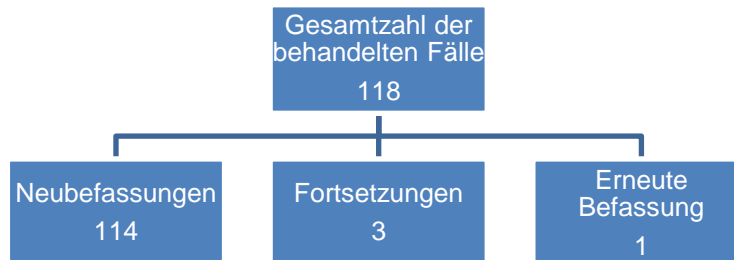
Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu bestellen. Die Mitglieder und Ersatzmitglieder der Entschädigungskommission werden von der Landesregierung auf die Dauer von 5 Jahren bestellt. Eine Wiederbestellung der Mitglieder ist möglich.

Die Kommission besteht aus folgenden Mitgliedern (Beschluss der NÖ Landesregierung vom 16. Februar 2016):

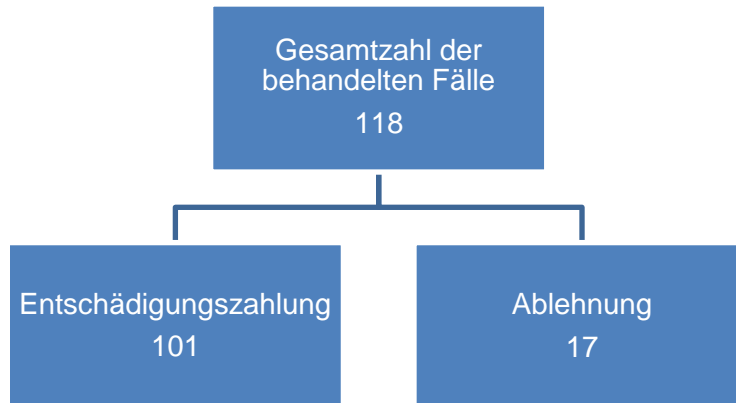
1. einem Vertreter der für die rechtlichen Angelegenheiten des Krankenanstaltenwesens zuständigen Abteilung des Amtes der NÖ Landesregierung:
 - WHR Mag. Elisabeth Kapral
 - WHR Mag. Margit Itzenthaler (Ersatzmitglied)
2. einer rechtskundigen Person:
 - Präsident des Landesgerichtes a. D. HR Dr. Kurt Leitzenberger
 - Richterin des Landesgerichtes Dr. Gabriela Radinger (Ersatzmitglied)
3. einem Vertreter der ARGE der ärztlichen Direktoren der öffentlichen Krankenanstalten Niederösterreichs:
 - Dir. Dr. Thomas Gamsjäger, MSc
 - Prim. i. R. Dr. Friedrich Steger (Ersatzmitglied)
 - Prim. i. R. Univ. Prof. Dr. Georg Salem (Ersatzmitglied)
 - OA Dr. Peter Muckenhuber (Ersatzmitglied)
4. einer Vertreterin des Dachverbandes der NÖ Patienten-Selbsthilfegruppen:
 - Vorstandsvorsitzender Dipl. KH BW Ronald Söllner
 - Vorstandsmitglied Elisabeth Jäger (Ersatzmitglied)

II. Entschädigungen: Daten und Fakten

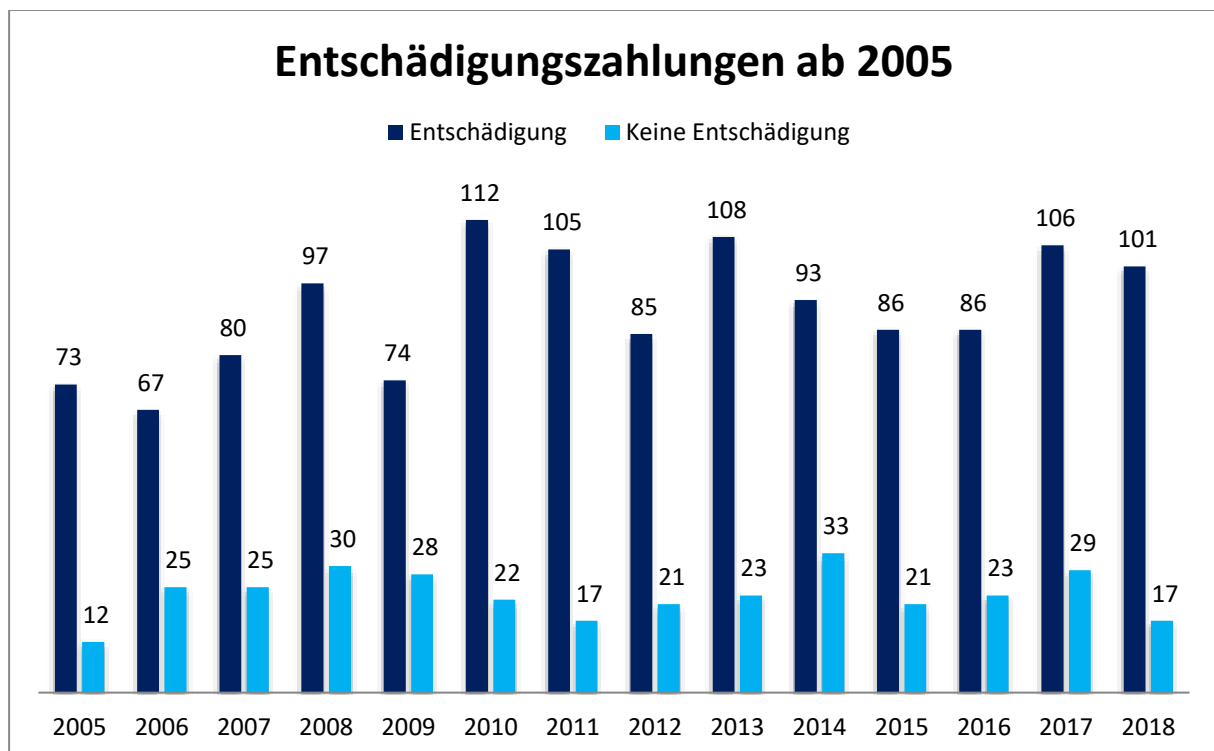
1. Entscheidungen



Im Jahr 2018 wurden von der NÖ Patienten-Entschädigungskommission in 10 Sitzungen 118 Fälle behandelt. Davon kamen 114 Fälle erstmals in den Fonds, nachdem sie vorher von der NÖ Patienten- und Pflegeanwaltschaft auf eine zivilrechtliche Haftung hin geprüft worden waren und diese mit größter Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden konnte. Drei Fälle sind der Kommission bereits einmal vorgelegt worden und wurden neuerlich behandelt, da eine endgültige Beurteilung bei der Erstvorstellung noch nicht möglich war (meist weil die Entwicklung des gesundheitlichen Zustandes eine neuerliche Überprüfung und Beurteilung erforderlich machten). Ein bereits abgeschlossener Fall wurde erneut behandelt (neuerlicher Entschädigungsantrag in derselben Sache).



In 101 Fällen sprach die Kommission eine Entschädigungszahlung zu. In 17 Fällen wurde dies abgelehnt, weil aus Sicht der Kommission die Voraussetzungen für eine Entschädigungszahlung nicht gegeben waren.



2. Prüfung vor Befassung des Fonds

Wenn sich PatientInnen mit dem Ansuchen um Überprüfung an die NÖ Patienten- und Pflegeanwaltschaft wenden, werden zunächst die Krankengeschichte sowie eine Stellungnahme der betroffenen Einrichtung und der anderen beteiligten Behandlungsstellen (Vor- und NachbehandlerInnen) eingeholt.

Die medizinische Überprüfung wird durch den Vertrauensarzt der NÖ Patienten- und Pflegeanwaltschaft WHR Dr. Alexander Ortel durchgeführt. In rund zwei Drittel der Fälle wurden weitere Sachverständige (Gutachten/Schiedsstelle, siehe S. 11, „4. Verlauf der Prüfung“) der Prüfung zugezogen. Soweit es sich um pflegerische Angelegenheiten handelte, wurden diese durch den diplomierten Gesundheits- und Krankenpfleger der NÖ Patienten- und Pflegeanwaltschaft Martin Kräftner geprüft.

Die anschließende rechtliche Beurteilung des geprüften Sachverhaltes erfolgte durch WHR Dr. Gerald Bachinger, Mag. Michael Prunbauer oder Mag. Claire-Sophie Mörsen.

Wird im Zuge dieser Prüfung ein Behandlungs- oder Aufklärungsfehler festgestellt der zu dem Schaden geführt hat, werden Verhandlungen mit der zuständigen Haftpflichtversicherung über eine Abgeltung geführt. Nur wenn kein beweisbarer Fehler vorliegt, eine seltene schwere Komplikation sich verwirklicht hat oder ein Katastrophenverlauf vorliegt, kommt eine Befassung des Entschädigungsfonds in Frage.

3. Fallbearbeitung

Das Team des NÖ Patienten-Entschädigungsfonds (MitarbeiterInnen der NÖ Patienten- und Pflegeanwaltschaft) erarbeiten die Entschädigungsanträge für die Sitzungen der NÖ Patienten-Entschädigungskommission. Der Sachverhalt wird anhand der Krankenakten und der zur Beurteilung erforderlichen in Auftrag gegebenen Gutachten zusammengefasst, mit der Darstellung des gegenwärtigen Zustandes der Betroffenen ergänzt und mit einer Beurteilung der NÖ Patienten- und Pflegeanwaltschaft sowie einem Entschädigungsvorschlag versehen. Natürlich werden vor der Befassung des Fonds vorab Gespräche mit den betroffenen PatientInnen geführt.

Schwerpunkte weiterer Erhebungen für die Fondsbefassung:

- a) Wie geht es der betroffenen Person derzeit? Sind noch Folgewirkungen der Behandlung spürbar und wie wirken sich diese in Beruf und Freizeit aus? Wird zur Bewältigung des Alltags Hilfe benötigt? Wie stellt sich die soziale Situation der betroffenen Person dar?
- b) Ist durch die Schädigung ein Verdienstentgang entstanden? Wenn ja, in welcher Höhe?
- c) Welche Auslagen sind im Zusammenhang mit der Schädigung notwendig geworden? Beispielhaft genannt seien Selbstbehalte, Fahrtgeld zu Therapien und Untersuchungen, Kosten für Pflege und Betreuung oder Umbauarbeiten, soweit diese Auslagen nicht durch Leistungen anderer Einrichtungen abgedeckt sind.

Die in dieser Form aufbereiteten Fälle wurden den Mitgliedern der NÖ Patienten-Entschädigungskommission zwei Wochen vor den Sitzungsterminen zur Einsicht übermittelt, in der jeweiligen Sitzung diskutiert und besprochen. Als Ergebnis wurde ein begründeter Beschluss über Auszahlung oder Nichtauszahlung bzw. die entsprechende Höhe einer Entschädigung gefasst.

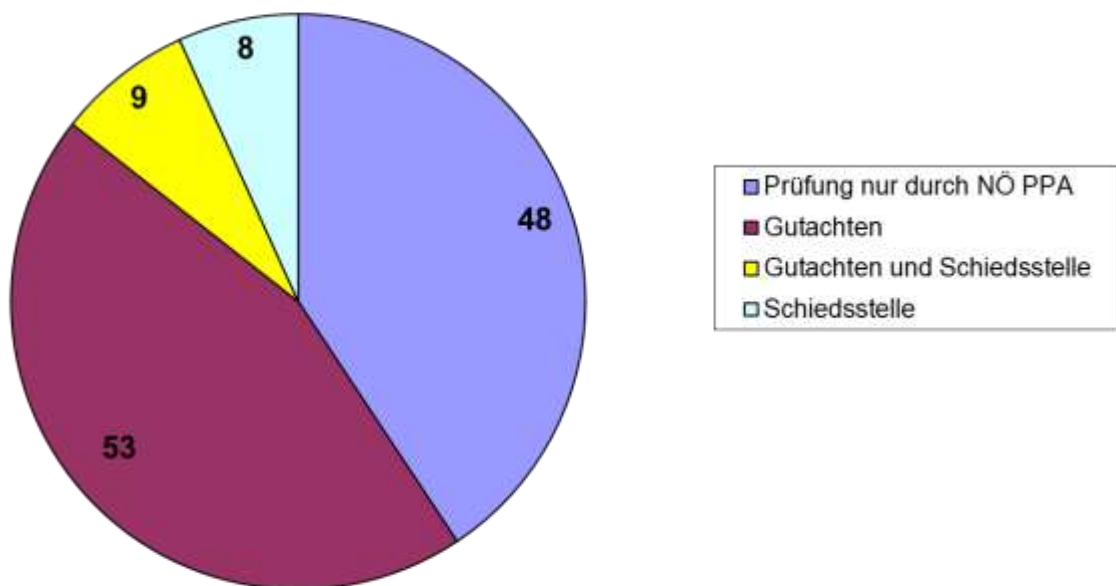
Das Team des NÖ Patienten-Entschädigungsfonds:

WHR Dr. Gerald Bachinger	Jurist (Geschäftsführer)
Martin Kräftner	Dipl. Gesundheits- u. Krankenpfleger
WHR Dr. Alexander Ortel	Arzt
Mag. Michael Prunbauer	Jurist (Fachbereichsleiter)
Mag. ^a Claire-Sophie Mörsen	Juristin
Marion Schmidt	Sachbearbeiterin/Kanzlei

4. Verlauf der Prüfung

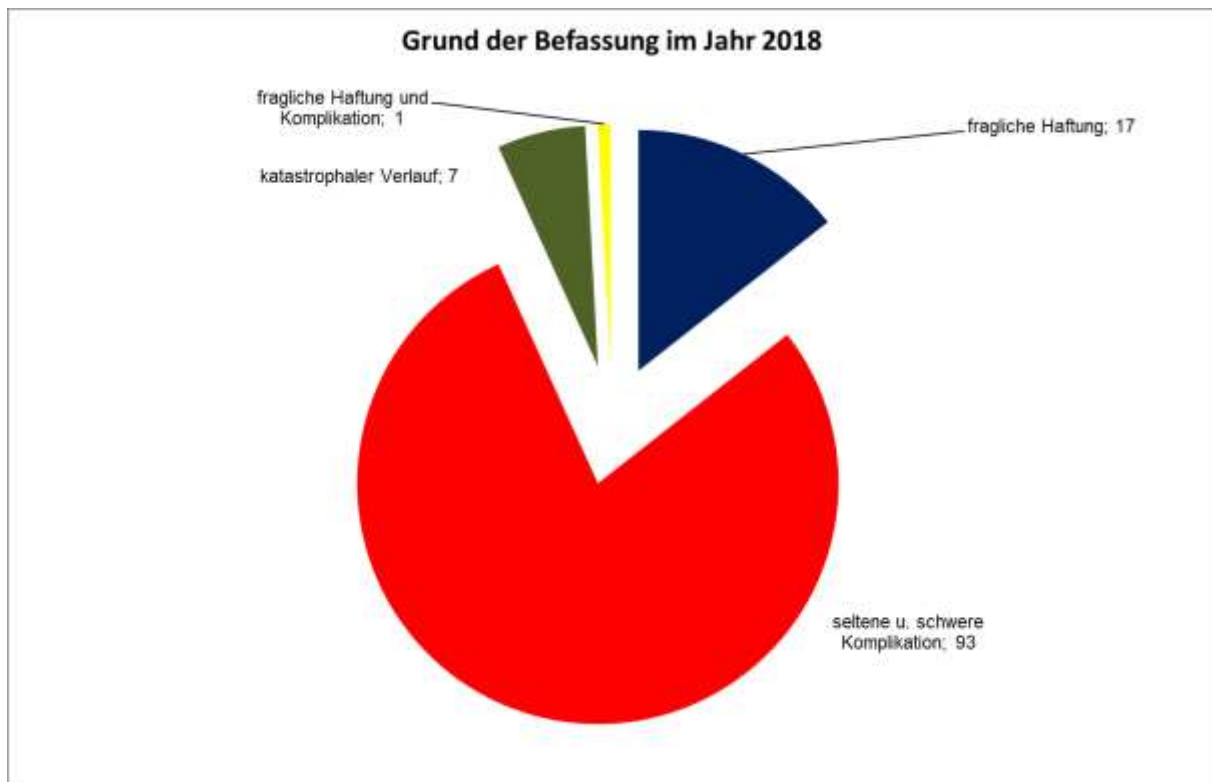
In 48 Fällen erfolgte die Vorprüfung ausschließlich durch die NÖ Patienten- und Pflegeanwaltschaft, in 53 Fällen wurde ein Gutachten als Grundlage der weiteren Bearbeitung in Auftrag gegeben. Sowohl ein Gutachten als auch eine Aussprache vor der Schiedsstelle gingen der Befassung des Fonds in neun Fällen voraus. In 8 Fällen hatte eine Aussprache vor der Schiedsstelle (ohne Gutachten) stattgefunden.

Verlauf der Prüfung



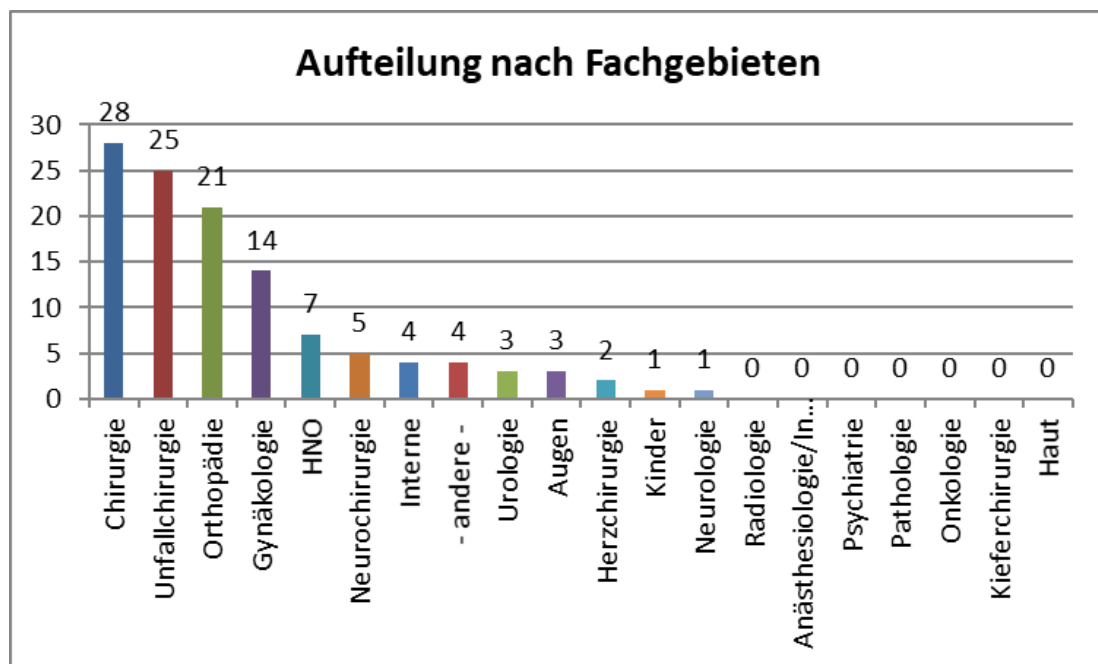
5. Grund der Befassung

In sieben Fällen wurde an den Entschädigungsfonds wegen des katastrophalen Verlaufs einer aufgeklärten Komplikation herangetreten, in 93 weiteren Fällen aufgrund einer sehr seltenen und gleichzeitig schwerwiegenden Komplikation. Hinweise auf eine Haftung, ohne dass über die schadenersatzrechtlichen Tatbestandselemente ausreichende Klarheit bestand, waren in 17 Fällen vorhanden. Eine fragliche Haftung bei einer sehr seltenen und schweren Komplikation war in einem Fall der Grund für die Fondsbefassung.

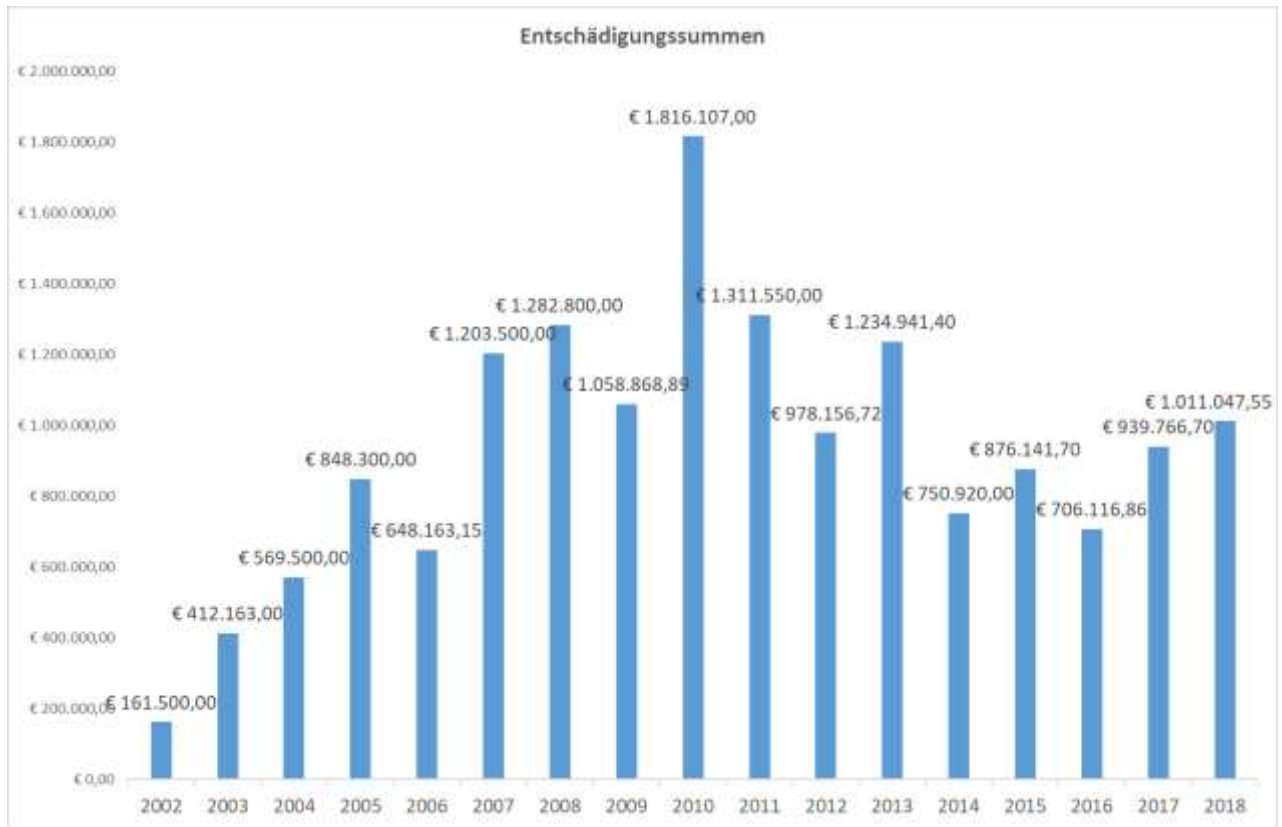


6. Aufteilung nach Fachgebieten

Wie schon in den letzten Jahren, war auch im Jahr 2018 zu beobachten, dass insbesondere die „schneidenden“ Fachgebiete (Chirurgie, Unfallchirurgie sowie Orthopädie und Gynäkologie) im Entschädigungsfonds von Bedeutung waren. Ein Erklärungsversuch dafür ist, dass diese Fachgebiete eine höhere PatientInnenfrequenz haben als die übrigen. Zum anderen sind nicht zufriedenstellende Ergebnisse in diesen Fachgebieten auch für einen medizinischen Laien relativ leicht erkennbar (nicht heilende Wunden, schief zusammengewachsene Brüche, usw.).



7. Höhe der beschlossenen Entschädigungen

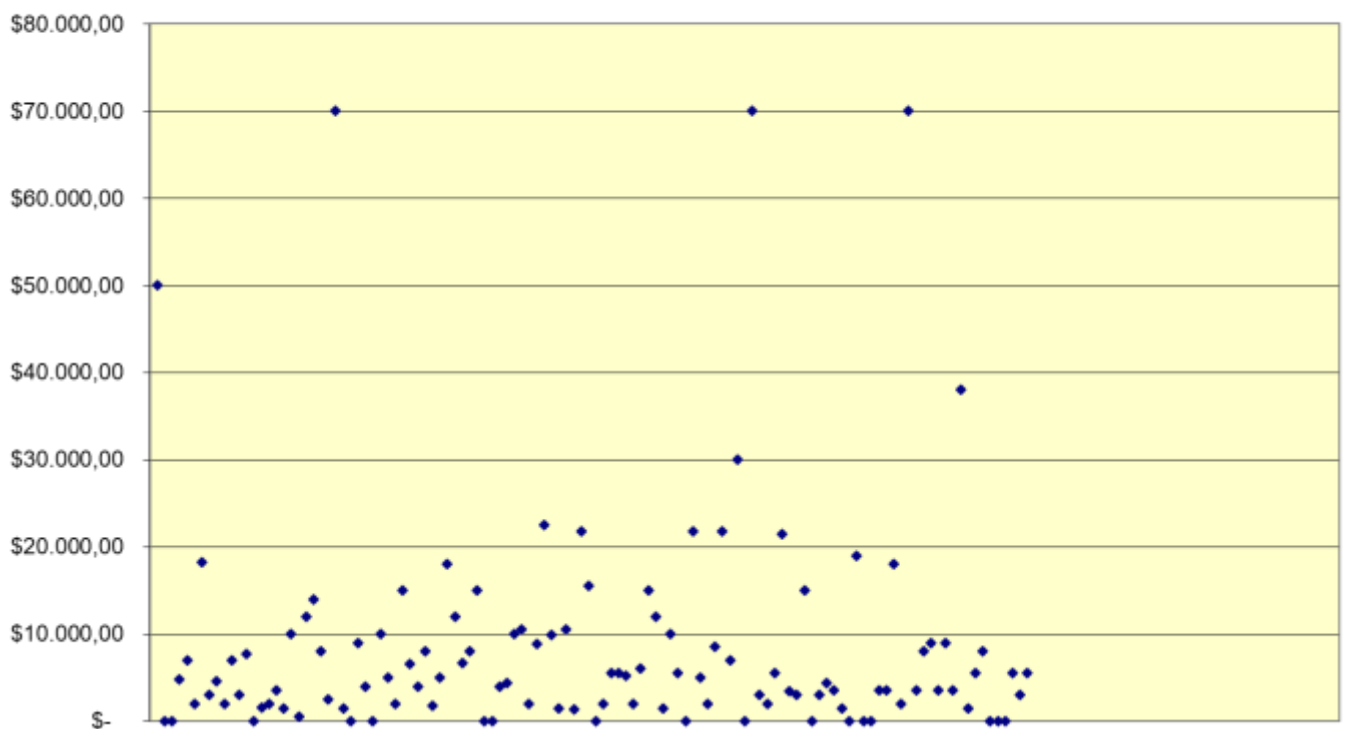


Insgesamt wurden in den Sitzungen des Jahres 2018 Entschädigungen in der Gesamthöhe von **€ 1.011.047,55** beschlossen.

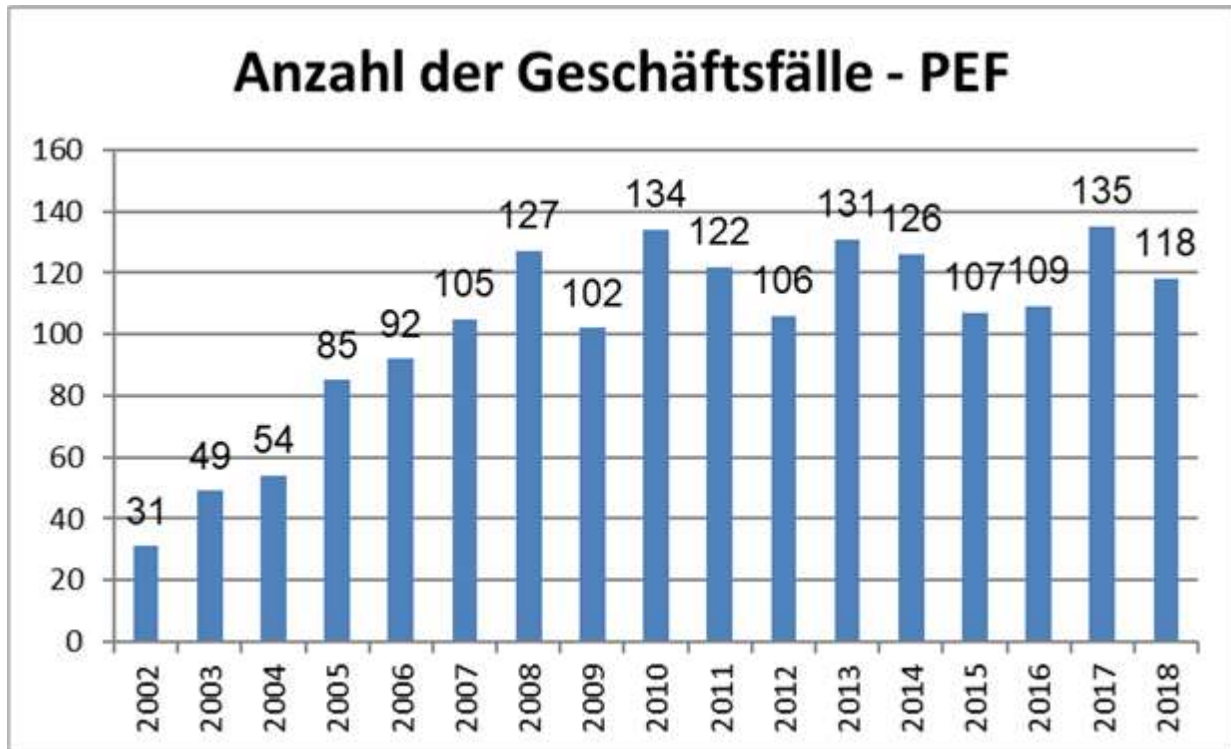
8. Auszahlungsbeträge

Die höchsten ausgezahlten Beträge beliefen sich auf € 70.000,00 (Maximaler Betrag laut Geschäftsordnung).

Auszahlungsbeträge 2018



9. Anzahl der Geschäftsfälle im Jahresvergleich



Im Jahr 2018 wurden 118 Anträge durch die NÖ Patienten-Entschädigungskommission behandelt.

III. Jahresabschluss 2018

A) Einnahmen-/Ausgabenrechnung				
1.) Einnahmen				€ 971.472,03
1.1. Patientenbeiträge	€	938.032,28	96,6%	
1.2. Kapitalerträge	€	25.576,68	2,6%	
1.3. Sonstige	€	7.863,07	0,8%	
			<u>100,0%</u>	
2.) Ausgaben				€ 980.984,87
2.1. Entschädigungen	€	972.237,55	99,1%	
2.2. Steuern (KESt)	€	-	0,0%	
2.3. Sonstige	€	-	0,0%	
2.4. Bankspesen	€	8.747,32	0,9%	
			<u>100,0%</u>	
3.) Saldo der Einnahmen-/Ausgabenrechnung				-€ 9.512,84
- Abschreibungen*	€	17.832,35		
4.) Überschuss/Abgang				-€ 27.345,19

B) Fondsmittel				
Girokonto	€	85.186,34	4,4%	
Dispokonto	€	171.289,97	8,9%	
Wertpapiere	€	1.678.007,58	86,7%	
Gesamt			<u>100,0%</u>	€ 1.934.483,89

C) Vermögensvergleich				
	Stand per 31.12.2017	Stand per 31.12.2018	Veränderung	
Girokonto	€ 208.878,68	€ 85.186,34	-€	123.692,34
Dispokonto	€ 253.289,97	€ 171.289,97	-€	82.000,00
Wertpapiere**	€ 1.499.660,43	€ 1.678.007,58	€	178.347,15
Gesamt**	€ 1.961.829,08	€ 1.934.483,89	-€	27.345,19

*) Wertberichtigung von Wertpapieren des Depots, wenn Kurswert zum 31.12.2018 unter dem Ankaufswert lag.

***) Wertpapiere sind mit Ankaufswert bewertet. Die stille Reserve aus Wertpapieren beträgt zum 31.12.2018: € 119.296,15